

1. Lesung:
Abteilungssitzung 21. Februar 2006

Manuel Emmler
Stand: 15. März 2006

Den Sozialstaat neu denken

Konzeptionelle und strategische Herausforderungen für den Sozialstaat der Zukunft

von Manuel Emmler

I. Leitbild und Prämissen

Der bundesdeutsche Sozialstaat gilt mittlerweile als kaum mehr finanzierbar, ungerecht, beschäftigungsfeindlich und sozialpolitisch ineffizient. Er ist auf Statussicherung ausgerichtet und ist – gemessen an den Ausgaben – unzureichend in der Lage Armut zu bekämpfen.

Während bei uns die Altersarmut auf sehr geringem Niveau ist, befindet sich die Kinderarmut – im Vergleich zu anderen Ländergruppen - auf einem hohen Niveau. Bildungsferne, zahlreiche Migrantinnen und Migranten, sowie einkommensschwache Bevölkerungsschichten haben kaum eine Chance ihren sozialen Status zu verbessern, da er durch die ökonomische Situation und die unzureichenden Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zementiert wird. Es bildet sich eine neue Unterschicht heraus, die zunehmend größer wird.¹

Dieser Tendenz muss mit allen zur Verfügung stehenden politischen Steuerungsinstrumenten entgegen gewirkt werden. Politikbereiche wie die Bildungs-, Familien-, Sozial- und Beschäftigungspolitik sind besonders gefordert.

Neben den politischen Steuerungsmechanismen müssen aber zunächst die Zielvorstellungen des deutschen Sozialstaats neu justiert werden. Das in der Vergangenheit dominante Leitbild des „fürsorgenden Wohlfahrtsstaats“ konzentrierte sich vorwiegend auf eine Entlastung des Arbeitsmarktes (De-Kommodifizierung) durch Gewährung von

¹ Vgl. Realismus und Substanz (2005): Die neue Soziale Frage beantworten, Ein Sozialstaatsmodell für das 21. Jahrhundert, S. 17 ff

Transferzahlungen, während das Dienstleistungsangebot des Sozialstaates sehr unzureichend weiterentwickelt wurde. Dieser Schieflage gilt es entgegen zu wirken.

In der aktuellen bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaatsdiskussion wird eine Systemtransformation zum „aktivierenden Sozialstaat“ gefordert. Im Unterschied zum früheren Leitbild wird das Ziel, den Arbeitsmarkt durch Gewährung von Transferzahlungen zu entlasten, aufgegeben. Verlangt wird eine Aktivierung der Arbeitslosen (Re-Kommodifizierung), mit Hilfe staatlich finanzierter Dienstleistungen und Sanktionen. Sie sollen in die Lage versetzt werden selbstbestimmt zu Leben und ein Markteinkommen zu erwirtschaften.²

Eine Grundvoraussetzung der „Strategie des aktivierenden Sozialstaates“ ist eine umfassende Neubestimmung der Aufgaben von Familie und Erziehungswesen. Angestrebt wird eine deutlich stärkere Rolle des Erziehungswesens, das einen bedeutenden Teil der Betreuung und der Erziehung übernehmen soll (De-Familisierung). Bewerkselligt werden soll dies durch die kostenlose Bereitstellung von Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsdienstleistungen - für alle. Die Kinder von Alleinerziehenden, MigrantInnenkinder und die Kinder finanziell schlecht gestellter Familien sollen einen gleichberechtigten Zugang zu diesen Institutionen erhalten.

Zudem soll die Finanzierung des Sozialsystems beschäftigungsfreundlicher gestaltet werden. Entgegen der bisherigen Finanzierung durch Abgaben auf Lohneinkommen, soll die Finanzierung der sozialen Sicherung partiell vom Produktionsfaktor Arbeit entkoppelt werden, mit dem Ziel, die Arbeitsnachfrage - insbesondere in wenig produktiven Bereichen - zu steigern.³

Im Folgenden sollen Vorschläge zu einer möglichen Neuordnung des deutschen Sozialstaats unterbreitet werden. Sie orientieren sich zum einen am Leitbild des aktivierenden Sozialstaats, wie ihn Anthony Giddens umrissen hat.⁴ Zum anderen werden ordnungs- und beschäftigungspolitische Erfordernisse mitberücksichtigt, die in der Politik- und Volkswirtschaftslehre seit einiger Zeit Konsens sind.⁵

II. Der reaktivierte Sozialstaat

Die unterbreiteten Vorschläge können mit der Formel „Weg vom transferleistungsorientierten, hin zum dienstleistungsorientierten Sozialstaat“

² Anmerkung: Durch den steigenden Druck des verschärften Arbeitszwangs, bessere Vermittlung und zielgerechtere Qualifizierung von Seiten der Arbeitsverwaltung, sollen die Arbeitslosen auf den Arbeitsmarkt gedrängt werden. In den USA, GB und Australien hat diese Strategie, in Verbindung mit einer expansiven Makro-Politik zu einem steigenden Beschäftigungsvolumen geführt. In Deutschland ist sie gescheitert, da das Stellenangebot zurück gegangen ist. Gründe dafür werden in der restriktiven Makro-Politik, wie der Lohn-, der restriktiven Geldpolitik der EZB und der restriktiven Fiskalpolitik der Bundesregierung gesehen.

³ Vgl. Dingeldey, Irene (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2006, S. 3 ff

⁴ Vgl. Giddens, Anthony (1994): Equality and the Social Investment State, in: Ian Hargreaves/Ian Cristie (Hrsg.), Tomorrow's Politics. The Third Way and Beyond, London 1998, S. 25-40

⁵ Anmerkung: In der Politikwissenschaft und der VWL ist man sich einig, dass das Steuer- und Transfersystem besser aufeinander abgestimmt werden muss. Es herrscht auch Einigkeit darüber, dass die Abgabenfinanzierung der Sozialversicherungen durch eine Steuerfinanzierung ersetzt oder zumindest ergänzt werden muss. Vgl. Scharpf/Kitschelt/Wiesenthal

zusammengefasst werden. Ziel ist die Verbesserung der Effektivität und der Effizienz des Sozialstaates, indem der Schwerpunkt auf die Bereitstellung der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Erbringung öffentlicher Güter gelegt wird. Die BürgerInnen sollen durch handlungsfähige Institutionen zu einem selbstbestimmten Leben, ohne bürokratische Gängelung befähigt werden.

Der Vorschlag eines reorganisierten Sozialstaats ruht auf zwei Säulen:

*Die erste Säule, die **steuerfinanzierte Grundsicherung**, soll allen BürgerInnen –von der Wiege bis zur Bahre - den Grundbedarf zum Leben decken. Die von der Grundsicherung ausgezahlten Leistungen orientieren sich am soziokulturellen Existenzminimum. Sie sollten auf keinen Fall zu hoch bemessen werden, damit die Netto-ZahlerInnen nicht überfordert werden und ausreichend Arbeitsanreize für die BezieherInnen der Grundsicherung gegeben sind.*

Ausgehend vom Arbeitslosengeld II könnten nach und nach alle wesentlichen grundsicherungsähnlichen Leistungen (Kindergeld, Bafög, Rente, ALG I usw.) integriert werden. Ein großer Teil der 38 Behörden, die insgesamt ca. 153 verschiedene grundsicherungsähnliche Leistungen vergeben⁶, könnten abgeschafft werden, zu Gunsten von mehr Transparenz und Selbstbestimmung der BürgerInnen.

Bei einer Reform sollte auch über die Individualisierung des Leistungsbezugs und eine Abschaffung des Arbeitszwangs nachgedacht werden, um den gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen Rechnung zu tragen.⁷ Zudem muss der Übergang von der Grundsicherung in den Arbeitsmarkt flexibler gestaltet werden, um einen Wechsel in Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu erleichtern.

Beschäftigungspolitisch sinnvoll wäre die Ausgestaltung der Grundsicherung nach dem Prinzip der Negativen Einkommensteuer. Alle BürgerInnen würden eine Grundsicherungsleistung erhalten, sofern sie nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Häufig vorgetragene Bedenken, dass keine Arbeitsanreize bestünden, treffen aufgrund der Arithmetik des Systems, und der ausschließlich den Grundbedarf deckenden Leistungen, nicht zu.⁸ Die GrundsicherungsempfängerInnen müssten jeden hinzuverdienten Euro mit 50% versteuern und hätten daher immer deutlich mehr Einkommen als beim Transferbezug zur Verfügung. Das Prinzip lässt sich an einem einfachen Beispiel verdeutlichen: Angenommen, die Grundsicherungsleistung beträgt 400 Euro, dann würden die BezieherInnen bei einem Hinzuverdienst von 800 Euro die Grundsicherung selbst tragen (400 Euro Grundsicherung + 800 Euro Hinzuverdienst – 400 Euro Steuern = 800 Euro Einkommen). Sobald der Hinzuverdienst doppelt so hoch ist wie die Grundsicherung, zahlt

⁶ Vgl. Mitschke, Joachim (2000): Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltung, Wirkungen, Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Nomos, S. 34

⁷ Vgl. Arbeitskreis Grundsicherung von Bündnis 90/Die Grünen (2005): Ein Recht auf Existenzsicherung und Teilhabe – für eine Neue Grüne Grundsicherung, URL: http://www.gruene-berlin.de/site/fileadmin/grundsicherung/grundsicherung_end.doc

⁸ Vgl. Mitschke, Joachim (1995): Bürgergeld für mehr Arbeitsplätze, Die Lohnpolitik im Konflikt zwischen Beschäftigung und Existenzsicherung / Falsche Signale vom Fiskus und von der Sozialpolitik, in: Allgemeine Zeitung, 16. Dezember

der Staat keine Leistungen mehr. Ab diesem Punkt, der im Fachjargon als Transfergrenze genannt wird, beginnt der progressive Einkommensteuertarif – wie er bereits heute besteht.

Die zweite Säule des Sozialstaates ist die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen der **öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlicher Güter**. Darauf muss in Zukunft der Schwerpunkt liegen, um benachteiligte und ausgeschlossene BürgerInnen wieder in die Gesellschaft integrieren zu können. Zunächst muss mit dem Ausbau umfassender Bildungs- und Erziehungsleistungen begonnen werden, da diese den höchsten gesellschaftlichen Nutzen versprechen.⁹

Damit geht aber auch die Stärkung und Reorganisation staatlicher Institutionen und eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen einher. Die staatliche Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt – wie in keinem anderen europäischen Land. Ein zuverlässiger Indikator für den zunehmenden Verfall unserer Infrastruktur ist die öffentliche Investitionsquote, die in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich abnahm, von 2,6% in 1995 auf heute 1,4%.¹⁰ Im OECD-Vergleich investiert Deutschland am wenigsten in die öffentliche Infrastruktur.

Um den erforderlichen Finanzbedarf für den Ausbau der staatlichen Infrastruktur aufzubringen, ist eine bessere Abstimmung des Steuer- mit dem Transfersystems erforderlich. Die zahlreichen Steuervergünstigungen und Abgaben mit sozialpolitischem Hintergrund müssen überprüft, ggf. abgeschafft und durch direkte Transfers ersetzt werden. Dies würde die Steuerquote und Sozialabgabenquote steigern, was aber völlig unproblematisch wäre, da im internationalen Vergleich der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am BIP in Deutschland mit 40,7 % (2003) leicht unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder liegt.¹¹

III. Die Neuordnung der Sozialversicherungen

In der **Arbeitslosenversicherung** wurde mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe ein erster Schritt in Richtung statusunabhängige Grundsicherung unternommen. Die neu geschaffene Leistung, das steuerfinanzierte ALG II, orientiert sich nicht mehr an dem zuvor gezahlten Gehalt, sondern stellt eine pauschale Leistung dar, die allen BürgerInnen bei Bedürftigkeit gewährt wird. Dies war ein Schritt in die richtige Richtung und sollte konsequent auf eine möglichst große Vielzahl von grundsicherungsähnlichen Leistungen, wie dem Bafög, dem Kindergeld, der Rente usw. ausgedehnt werden.

⁹ Vgl. Sell, Stefan (2003): Ganztägige Bildung und Betreuung aus ökonomischer Sicht, URL: <http://www.ganztagsschulverband.de/KongressDownload/KongressDownload2003/SellGTS-Oekonomie.pdf>

¹⁰ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005, S. 11, URL: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo05-kurz.pdf>

¹¹ Vgl. Scharpf, Fritz W. (2005): Nationale Politik in offenen Märkten, in: Frankfurter Hefte“ 1+2/05, URL: <http://www.boell.de/downloads/arbeit/nationale.pdf>

Perspektivisch ist es auch sinnvoll die gesamten passiven Leistungen der Arbeitslosenversicherung (ALG I usw.) in die steuerfinanzierte Grundsicherung zu integrieren. Die Bundesagentur für Arbeit könnte sich dann auf die Vermittlung und Betreuung der Arbeitssuchenden konzentrieren und gemeinsam mit den Kommunen als sozialpolitische Agentur umfassende psychosoziale Dienstleistungen, wie Schuldner-, Drogenberatung usw. anbieten.

Die ausgabenintensivste Sozialversicherung, die **Rentenversicherung**, soll perspektivisch auf eine Grundsicherung reduziert werden, die sich - von der Höhe der Leistung – am ALG II orientiert. Selbstverständlich muss das Äquivalenzprinzip beachtet werden. Die erworbenen Rentenansprüche sind verfassungsrechtlich garantiert und müssen ordnungsgemäß bedient werden. Perspektivisch ist die Rente jedoch in die Grundsicherung zu integrieren, so dass durch ein einheitliches System die ökonomischen Bürgerrechte garantiert werden könnten. Eine darüber hinausgehende, Lebensstandard sichernde Funktion sollte in die Verantwortung der Individuen übergehen. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, die staatliche Förderung der Vermögensbildung zurück zu fahren.

Die **Krankenversicherung** sollte zu einer Bürgerversicherung umgebaut werden. Das heißt, dass alle Einkunftsarten in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden und der Kreis der BeitragszahlerInnen auf alle BürgerInnen ausgedehnt wird, was natürlich auch alle zu Leistungsbeziehern machen würde.

Das Prinzip der Bürgerversicherung könnte auch auf die **Pflegeversicherung** angewendet werden. Dies wäre wahrscheinlich am gerechtesten, da so die Last der Finanzierung auf alle Schultern verteilt würde - gerade vor dem Hintergrund des bevorstehenden demographischen Wandels. Mittlere und untere Einkommenschichten, die derzeit die überwiegende Last tragen, würden entlastet, die daraus resultierenden negativen Beschäftigungseffekte würden reduziert.

Bei der **Unfallversicherung** soll alles beim alten bleiben. Es ist nach wie vor sinnvoll, wenn diese alleine von den ArbeitgeberInnen finanziert wird, da so der Anreiz zur Vermeidung von Unfällen und die Gesundheit gefährdenden Risiken bestehen bleibt.

IV. Von der Abgaben- zur Steuerfinanzierung

Die wahrscheinlich wichtigste Frage beim Umbau des Sozialstaates bezieht sich auf die Finanzierung der Sozialversicherungen, da diese im Kern der derzeit vorgetragenen Sozialstaatskritik steht und als ungerecht und beschäftigungsfeindlich gilt.

Die Finanzierung und der Fortbestand der Sozialversicherungen gelangt durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse an ihre Grenzen, da die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tendenziell abnimmt.¹² Deswegen ist die Finanzierungsgrundlage neu zu ordnen, vom Faktor Arbeit

¹² Vgl. Hassel, Anke (2006): Die Modernisierung des deutschen Modells, in: Berliner Republik 1/2006, S.37 ff

partiell abzukoppeln und stärker über Steuern zu finanzieren.¹³ Damit geht auch die Aufgabe des Versicherungsprinzips in den Sozialversicherungen einher.

Zahlreiche sozialpolitische Leistungen, die gesellschaftspolitischer Natur sind, werden von den Versicherten finanziert, was ungerecht ist (Witwen/Wittwerrente, Beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Ehefrauen, aktive Arbeitsmarktpolitik usw.). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt den Umfang der versicherungsfremden Leistungen, je nach Abgrenzung, auf 35,3-83,7 Mrd. Euro.¹⁴ Alle privat versicherten BürgerInnen entziehen sich gänzlich dem Solidarausgleich und der Finanzierung der sozialpolitisch motivierten versicherungsfremden Leistungen. Zudem ist die Erhebung der Beiträge ungerecht, da sie degressiv gestaltet ist und alle EinkommensbezieherInnen über der Beitragsbemessungsgrenze begünstigen.

Um eine gerechtere Finanzierung in allen vier Sozialversicherungen zu gewährleisten, sollte die Abgabenfinanzierung dem Prinzip der progressiven Einkommensteuer angeglichen werden. Dazu wäre eine Progression der Sozialversicherungsbeiträge einzuführen, wie sie die grüne Bundestagsfraktion in Ansätzen fordert. Eine Steuerfinanzierung der Sozialversicherungsbeiträge müsste aber auch mit der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und der paritätischen Finanzierung einhergehen.¹⁵ Allerdings sind diese Forderungen nicht einfach durchzusetzen, da Gewerkschaften und Arbeitgeber einen großen Teil ihrer sozialpolitischen Verantwortung verlieren würden. Es ist damit zu rechnen, dass sie als sehr starke Veto-Player auftreten und alles daran setzen würden dieses Vorhaben zu vereiteln.

V. Fazit

Die in dem Papier skizzierte Vision eines neuen Sozialstaats berücksichtigt alle wichtigen Dimensionen und drängenden Probleme des Sozialstaats. Die Neuordnung wäre aus ordnungs-, beschäftigungspolitischer, integrationspolitischer, geschlechterdemokratischer und sozialpolitischer Sicht sinnvoll.

Über die Durchsetzbarkeit der Vorschläge sollte man sich allerdings keine Illusionen machen, da die Pfadabhängigkeit des Sozialversicherungssystems, aufgrund der starken Einbindung der Sozialpartner und der umfassenden rechtlichen Regelungen, ziemlich hoch.¹⁶

Bestehende Sozialleistungen können nicht einfach zurückgefahren werden. Um massivem Unmut der WählerInnen vorzubeugen, muss der Staat in Vorleistung treten und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen – notfalls durch Abgaben- und Steuererhöhungen in oberen Einkommensgruppen - finanzieren, bevor die monetären

¹³ Bäcker, Gerhard (2005): Umfinanzierung der Sozialversicherung: Lösung der Beschäftigungs- und Finanzierungsfrage? In: WSI-Mitteilungen 07/2005

¹⁴ Meinhardt, Volker/Zwiener, Rudolf (2005): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, DIW Berlin, S. 8

¹⁵ Vgl. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2006): Finanzierung der Sozialversicherungen durch eine social flat tax, URL: http://www.gruene-berlin.de/site/uploads/media/06_2_februar.pdf

¹⁶ Vgl. Sesselmeier, Werner (2003): Zur Reform des Sozialstaates, in: Der Bürger im Staat 4/2003, URL: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/4_03/reform2.htm

sozialpolitischen Transferleistungen des Steuersystems und der Sozialversicherungen reduziert werden. Mit der richtigen Kommunikationsstrategie sind der Abbau der Transfers und der sozialpolitisch motivierten Steuervergünstigungen, sowie der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, legitimier- und durchsetzbar. Die wahrscheinlich größten Veto-Player wären Personen aus den oberen Einkommenschichten und die Sozialpartner, da sie einen Großteil ihrer sozialpolitischen Gestaltungsfunktion einbüßen würden.

VI. Literatur

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005, S. 11, URL: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo05-kurz.pdf>

Arbeitskreis Grundsicherung von Bündnis 90/Die Grünen (2005): Ein Recht auf Existenzsicherung und Teilhabe – für eine Neue Grüne Grundsicherung, URL: http://www.gruene-berlin.de/site/fileadmin/grundsicherung/grundsicherung_end.doc

Bäcker, Gerhard (2005): Umfinanzierung der Sozialversicherung: Lösung der Beschäftigungs- und Finanzierungskrise? In: WSI-Mitteilungen 07/2005

Dingeldey, Irene (2006): Aktivierender Wohlfahrtstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8-9/2006, S. 3 ff

Giddens, Anthony (1994): Equality and the Social Investment State, in: Ian Hargreaves/Ian Cristie (Hrsg.), Tomorrow's Politics. The Third Way and Beyond, London 1998, S. 25-40

Hassel, Anke (2006): Die Modernisierung des deutschen Modells, in: Berliner Republik 1/2006, S.37 ff

Meinhardt, Volker/Zwiener, Rudolf (2005): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, DIW Berlin, S. 8

Mitschke, Joachim (2000): Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltung, Wirkungen, Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Nomos, S. 34

Mitschke, Joachim (1995): Bürgergeld für mehr Arbeitsplätze, Die Lohnpolitik im Konflikt zwischen Beschäftigung und Existenzsicherung / Falsche Signale vom Fiskus und von der Sozialpolitik, in: Allgemeine Zeitung, 16. Dezember

Realismus und Substanz (2005): Die neue Soziale frage beantworten, Ein Sozialstaatsmodell für das 21. Jahrhundert, S. 17

Scharpf, Fritz W. (2005): Nationale Politik in offenen Märkten, in: Frankfurter Hefte“ 1+2/05, URL: <http://www.boell.de/downloads/arbeit/nationale.pdf>

Sell, Stefan (2003): Ganztägige Bildung und Betreuung aus ökonomischer Sicht, URL: <http://www.ganztagsschulverband.de/KongressDownload/KongressDownload2003/SellGTS-Oekonomie.pdf>

Sesselmeier, Werner (2003): Zur Reform des Sozialstaates, in: Der Bürger im Staat 4/2003, URL: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/4_03/reform2.htm

Statistisches Bundesamt (2006): URL: <http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq23.php>

Strengmann-Kuhn, Wolfgang (2006): Finanzierung der Sozialversicherungen durch eine social flat tax, URL: http://www.gruene-berlin.de/site/uploads/media/06_2_februar.pdf

VII. Anhang

Sozialbudget, Leistungen nach Institutionen und Funktionen			
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003
Deutschland			
Sozialbudget ¹			
Sozialleistungen insgesamt ²	Mill. EUR	685 091	694 427
pro Kopf	EUR	8 281	8 416
Sozialleistungsquote ³	v.H.	32,4	32,6
Leistungen nach Institutionen			
Allgemeine Systeme	Mill. EUR	436 860	446 401
Allgemeine Systeme incl. Beiträge des Staates	Mill. EUR	473 715	483 913
darunter:			
- Rentenversicherung	Mill. EUR	232 922	238 508
- Krankenversicherung	Mill. EUR	141 227	143 337
- Pflegeversicherung	Mill. EUR	17 287	17 407
- Unfallversicherung	Mill. EUR	11 253	11 344
- Arbeitsförderung	Mill. EUR	71 025	73 317
Sondersysteme	Mill. EUR	5 541	5 820
Leistungssysteme des öff. Dienstes	Mill. EUR	52 083	52 713
Leistungssysteme der Arbeitgeber	Mill. EUR	55 956	52 580
Entschädigungssysteme	Mill. EUR	5 708	5 557
Förder- und Fürsorgesysteme	Mill. EUR	55 185	57 273
darunter:			
- Kindergeld ⁴	Mill. EUR	108	132
- Erziehungsgeld	Mill. EUR	3 648	3 481
Direkte Leistungen insgesamt	Mill. EUR	610 425	619 427
Direkte Leistungen incl. Beiträge des Staates	Mill. EUR	648 188	657 856
Indirekte Leistungen	Mill. EUR	74 666	75 032
dar.: Familienleistungsausgleich	Mill. EUR	36 046	36 080
Leistungen nach Funktionen			
Ehe und Familie	Mill. EUR	101 073	101 734
Gesundheit	Mill. EUR	233 268	235 217
Beschäftigung	Mill. EUR	66 686	68 717
Alter und Hinterbliebene	Mill. EUR	260 102	266 094
Übrige Funktionen	Mill. EUR	21 907	22 697
¹ Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn.			

² Berechnungsstand März 2005. >>Sozialleistungen insgesamt<< nach Konsolidierung der Beiträge des Staates.

³ Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

⁴ Ab 1.1. 1996 ist das Kindergeld im Rahmen des Familienleistungsausgleichs neu geregelt worden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, URL: <http://www.destatis.de/basis/d/solei/soleiq23.php>